

DIE EIGENMÄCHTIGKEIT DER GEDANKEN

HERKUNFT DER INTELLEKTUELLEN EINFLÜSSE AUF DIE POLITIK

≡ Detlef Lehnert

Intellektuelle treibt eine innere Berufung zum Schreiben und zu öffentlichen Wortmeldungen. Mit »Kritik als Beruf« hat der Soziologe Lepsius ihre gesellschaftliche Rolle gekennzeichnet.¹ Diese siedelte häufig in Freiräumen zwischen »Wissenschaft als Beruf« und »Politik als Beruf« im Doppelsinne Max Webers: Berufarbeit und zugleich innerer »Beruf« zu solcher Tätigkeit. »La protestation des intellectuels« wurde 1898 zum – sozial abgrenzenden – Stichwort in der französischen Dreyfus-Krise.² Die Unterschriften von circa 2.000 Persönlichkeiten des geistig-kulturellen, akademischen und politischen Lebens richteten sich gegen eine offenbar antisemitisch motivierte Strafverhängung. Kurz zuvor hatte der Schriftsteller Emile Zola mit seiner öffentlichen Anklage einen Justizskandal gebrandmarkt. Dieses Vorbild inspirierte unter anderem Heinrich Mann, rief jedoch auch dessen Bruder Thomas mit seinen »Betrachtungen eines Unpolitischen« (1918) zur wortreichen Abwehr. Dort wurde noch das künstlerische Schaffen des Schriftstellers gegen das politisierende Literatentum ausgespielt. Der Gesinnungswandel eines Kulturtraditionalisten wie Thomas Mann zum öffentlichen Bekenntnis zugunsten der Weimarer Republik ist ein Symbol der Epochengrenze. Allerdings konnte im Schatten des Versailler Vertrags der allzu sehr französisch geprägte Begriff des Intellektuellen noch nicht gedeihen. Das änderte sich erst nach 1945, als man die Stichworte zur geistigen Situation der Zeit auch im gewollten Abstand zu deutschen Erblasten suchte.

Zuvor war die Kennzeichnung »geistiger« Profile weitaus gebräuchlicher als deren »intellektuelle« Verortung. Die Nähe des Geistigen zum Geistlichen bestand ursprünglich nicht allein im Wortklang: Etliche klassische Gelehrte des Kaiserreichs entstammten protestantischen Pfarrhäusern. Dies galt etwa für den Historiker Theodor Mommsen, ein Literatur-Nobelpreisträger wie später Gerhard Hauptmann und Thomas Mann. Wenn die Dreyfus-Krise mit dem Berliner Antisemitismusstreit verglichen wird, den Theodor Mommsen und sein Historiker-Kollege Heinrich v. Treitschke in Zeitungen und Zeitschriften ausgefochten haben, zeigen sich vor allem Unterschiede.

1 M. Rainer Lepsius, Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 16 (1964), S. 75–91.

2 Vgl. George R. Whyte, Die Dreyfus-Affäre. Die Macht des Vorurteils, Frankfurt a. M. 2010.

Treitschke hatte 1879 eine längere Zeitbetrachtung für die »Preußischen Jahrbücher« in den viel zitierten Schlusssatz ausklingen lassen: »Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf [...] ertönt es heute wie aus einem Munde: die Juden sind unser Unglück!« Als sich die verhetzenden Konsequenzen der von Treitschke aufgegriffenen Ressentiments offenbarten, entschloss sich ein Jahr darauf Mommsen mit anderen zu einer scharfen Kritik: Es werde so »der Rassenhass und der Fanatismus des Mittelalters wieder ins Leben gerufen und gegen unsere jüdischen Mitbürger gerichtet.«³ Diese »Notabekanntmachung« wurde von 75 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet, so auch vom Historiker-Kollegen Droysen, dem Juristen Gneist und dem Mediziner Virchow. Den Erstentwurf hatte der Berliner Stadtschulrat geliefert und der Oberbürgermeister Forckenbeck mit unterschrieben. Das sprach für die liberale Dominanz in der Hauptstadt, doch auch für deren Ansiedlung noch in der traditionellen Honoratiorenpolitik. In Berlin profitierten zunächst eher die »christlich-sozial« neuformierten Konservativen um den Hofprediger Stoecker von der antisemitischen Mobilisierung der veröffentlichten Meinung im beginnenden Zeitalter der Massenpolitik: In den 1880er Jahren gab es in der preußisch-deutschen Hauptstadt jeweils 28 Prozent konservative Stimmen bei Reichstagswahlen, davor und danach nur maximal 14 Prozent. Hingegen festigte die Dreyfus-Krise, trotz starker katholisch-konservativer Gegenkräfte, letztlich die französische Synthese von Nation, Republik und Laizismus. Die geschmähten Intellektuellen wurden dort mehrheitsfähig.

Für deutsche Versäumnisse des zwischen Sozialdemokratie und radikalisierten Konservativen eingeklemmten liberalen Milieus ist es symptomatisch, dass erst mehr als ein Jahrzehnt nach dem Ursprungskonflikt ein »Verein für die Abwehr des Antisemitismus« gegründet wurde.⁴ Dessen führender Kopf war nun Theodor Barth, der mit seiner bis 1907 erscheinenden Zeitschrift *Die Nation* schon im Kaiserreich gewissermaßen eine »Weltbühne« für geistig-kulturelle und politische Debatten geschaffen hatte. Mommsen, der im »Verein« wie in der *Nation* mitwirkte, war noch ein politischer Professor bzw. in den Amtsperioden als Abgeordneter ein deutscher Gelehrtenpolitiker alter Schule.

Der heute nahezu vergessene Barth⁵ steht aber, obschon mehr angelsächsisch denn französisch orientiert, nicht nur für »liberalen Revisionismus« in Annäherung an den sozialdemokratischen, vielmehr auch für neues Selbstbewusstsein des intellektuellen Berufs. Nachdem sich die Liberalen beider Strömungen 1907 mit den Konservativen verbündet und im Reichsvereinsgesetz 1908 andere Fortschritte mit Zugeständnissen in Prinzipienfragen erkaufte hatten, gründete Barth die erfolglos bleibende »Demokratische Vereinigung«

3 Zit. nach Peter G. J. Pulzer, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914*, Göttingen 2004, S. 262 u. 341.

4 Dessen Zeitschrift ist komplett einsehbar: <http://periodika.digitale-sammlungen.de/abwehr/start.html>.

5 Vgl. Konstanze Wegner, *Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung*, Tübingen 1968.

(DV). Hugo Preuß, der intensiv an Barths *Nation* mitarbeitete und seine Ansichten teilte, aber politische Mentalitäten und Kräfteverhältnisse treffsicherer analysierte, kommentierte die Parteigründung mit freundschaftlicher Ironie: »Guter Stahl« könne im »feuchten Lehm« statt auf »Feuerstein« niemals »Funken« schlagen.⁶

Schon zuvor war Friedrich Naumanns »Nationalsozialer Verein« als Wahlpartei gescheitert, woraufhin er sich vorübergehend in einer der zahlreichen, kurzlebigen linksliberalen Gruppierungen des Kaiserreiches zusammen mit Barth politisch engagierte. Als einziger nationalsozialer Reichstagsabgeordneter war Hellmut v. Gerlach dann auch ein führender Publizist der DV. Gewiss hat Theodor Wolff spätestens in der *Daily Telegraph*-Krise 1908 (ein außenpolitisch törichtes Interview von Kaiser Wilhelm II.) und zumal während der Weimarer Republik das Profil des Berufspublizisten wesentlich geprägt. Doch nicht zufällig übernahm Gerlach 1932 vorübergehend die Leitung der *Weltbühne*, als der auch ursprünglich aus den Barth'schen Demokraten hervorgegangene Carl v. Ossietzky wegen seines pazifistischen Engagements eine Gefängnisstrafe abzusitzen hatte. Wie zuvor Barth 1908 sich vom etablierten Linksliberalismus enttäuscht verabschiedete, sind Gerlach 1922 und Wolff 1926 aus der »Deutschen Demokratischen Partei« (DDP) ausgetreten. Die im November 1930 gegründete »Radikaldemokratische Partei« Gerlachs und des Friedensnobelpreisträgers Ludwig Quidde war aber sogar erfolgloser als 1912 die mandatslos bleibende DV.⁷ Letztere hatte zumindest noch als Talentschmiede zum Beispiel für kritische Sozialdemokraten wie den führenden Außenpolitiker der Reichstagsfraktion Breitscheid und den Vorsitzenden der Angestelltengewerkschaft Aufhäuser gedient.

Umgekehrt war es vor allem Tucholsky, der neben satirisch zugespitzter Kritik an der Weimarer Republik – unter dem Motto »Wir Negativen«⁸ – dann Ende der 1920er Jahre auch die Nähe zur kommunistischen Presse nicht scheute.⁹ Der Unterschied in der Generationserfahrung war ausschlaggebend: Für enttäuschte Linksliberale des Kaiserreichs blieb die Weimarer SPD eine neue Option. Doch Ossietzky und Tucholsky, beide erst im Winterhalbjahr 1889/90 geboren, hatten in der Jugendzeit eine damals oppositionelle SPD favorisiert. So wurde der enttäuschte Tucholsky zum USPD-Mitglied (1920–22). Von 1920 bis 1924 hatte Ossietzky für die liberaldemokratische *Berliner Volks-Zeitung* des Mosse-Verlags gearbeitet, in der auch das weltberühmte *Berliner Tageblatt* Wolffs erschien; dann auch für das *Tage-Buch* Schwarzschilds von politisch ähnlicher, jedoch mehr kulturell-intellektueller Ausrichtung. Ossietzky war ein linksbürgerlicher Pazifist und darin radikaler als Gerlach und Quidde, doch kein »Salonbolschewist«. Es wird heute zuwei-

6 Hugo Preuß, *Gesammelte Schriften*, Bd. 1, Tübingen 2007, S. 371.

7 Wie 1907 im Reichskanzler Bülow-Block mit den Konservativen war 1930 Anlass für linksliberale Verstimmung gegeben: Die DDP fusionierte mit dem teils antisemitisch und antiparlamentarisch eingefärbten »Jungdeutschen Orden«.

8 *Die Weltbühne*, 15. Jg, 13.3.1919, S. 279.

9 Zur Mitarbeit Tucholskys an der aus Moskau mitfinanzierten Münzenberg-Presse der KPD vgl. Riccardo Bavaj, »Revolutionierung der Augen«: Politische Massenmobilisierung in der Weimarer Republik und der Münzenberg-Konzern, in: Ute Daniel u. a., *Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren*, München 2010, S. 93–98.

len als »halbkommunistisch« abgestempelt, was tatsächlich die Zustimmung der republikanisch aktivierbaren Hälfte der Wahlbevölkerung fand, wie zum Beispiel der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, den auch die DDP-nahe linksliberale Qualitätspresse unterstützte.

Gerlach hat eine beachtliche Analyse des modernen Parlamentarismus hinterlassen. Darin betätigt sich der publizistische Intellektuelle zugleich als Vermittler zwischen den sich zunehmend entfremdenden wissenschaftlichen und politischen Wirkungskreisen: »Viele Gelehrte haben sich derart in ihr Fach eingesponnen, daß sie völlig die Fähigkeit verloren haben, den Politikern gerecht zu werden, d. h. den Leuten, deren Lebensinhalt eine gewisse Universalität und damit verbunden allerdings in der Regel auch Oberflächlichkeit voraussetzt.« Als teilnehmender Beobachter, nach vier Jahren als Reichstagsabgeordneter, formulierte Gerlach ein damals noch ungewöhnlich klares Plädoyer für die Anerkennung einer unvermeidlichen Entwicklungstendenz zum Berufsparlamentarier: »Wer an den Plenar-, Fraktions- und Kommissionssitzungen regelmäßig teilnimmt, die täglich ausgegebenen amtlichen Drucksachen auch nur oberflächlich durchmustert und ein paar Gegenstände als Referent oder Redner gründlicher studiert, dem bleiben noch nicht zwei Stunden für seinen Beruf.«¹⁰ In solchen zwei Stunden konnten Journalisten einen Artikel schreiben, aber Gelehrte nicht die Forschungen zum nächsten Werk betreiben.

Die Anforderungen an »Parlamentarismus als Beruf« begünstigten die hauptamtlichen Funktionsträger von Parteien und Verbänden. So realistisch und modern wie seine Stichworte zum Generalismus der Berufspolitiker und dem Bedarf an Berufsparlamentariern waren auch Gerlachs Gedanken zum Sinn der Parlamentsdebatten: »Wenn Parlamentsreden die Beschlüsse des Parlamentes nicht beeinflussen können, so können sie um so stärker das Ergebnis der nächsten Wahl beeinflussen.«¹¹ Das Publikum moderner Parlamentsrhetorik war eben nicht der kleine Kreis der Abgeordneten, die entweder Ansichten des Redners ohnehin teilten oder sie ablehnten, sondern die große Masse der Stimmbürger, vermittelt über die Berichterstattung vor allem in der Tagespresse. Die Parlamentarismuskritik eines Carl Schmitt blieb insofern vordemokratischen Zuständen elitärer Debattierkammern verhaftet. Das hinderte manche linksintellektuellen Parlamentarismuskritiker später aber nicht, solchem Rückfall hinter die politikwissenschaftliche Aufklärung schon des späten Kaiserreichs nachzulaufen.

»Weimar« steht – als Republik – für die Zeit der »klassischen Moderne« in einer »Atmosphäre soziokultureller Neuerungen«.¹² Sie wird zumeist mit den Stilformen der »Neuen Sachlichkeit« verbunden. Dieser Epochenbegriff

10 Hellmut von Gerlach, *Das Parlament*, Frankfurt a. M. 1907, S. 19 u. 26 f.

11 Ebd., S. 75.

12 Vgl. Detlev J. K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt a. M. 1987, S. 11. Wenn die klassische Moderne auf die ersten drei Dekaden des 20. Jh. datiert wird, ist Umbruch der passendere Begriff als Krise, die zum problematischen Weimarklischee wurde. Vgl. dazu Moritz Föllmer u. Rüdiger Graf (Hg.), *Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt a. M. 2005.

bezieht aber kaum die für politische Kultur viel wichtigere Medienlandschaft ein. Nie zuvor oder danach bestand eine solche Vielfalt und Verbreitung unterschiedlichster Druckerzeugnisse. Nachdem schon die Inflationskrise 1923 das Ende mancher Publikationsorgane bedeutet hatte, brachte die Weltwirtschaftskrise nach 1929 einen weiteren Rückschlag gegenüber der publizistisch tatsächlich als die »Goldenen Zwanziger« zu bezeichnenden Zwischenphase. Am Ende der Weimarer Republik und erst recht im »Dritten Reich« trat Bebilderung und Beschallung des politischen Raums an die Stelle vormaliger Dominanz der Textbotschaften. Damit war der Zenit von – im weitesten Sinne – intellektuellen Einflussmöglichkeiten unter demokratischen Bedingungen überschritten. Es bestand ein plausibler Zusammenhang von einer damals noch politisierenden Wirkung der Massenpresse zur steigenden Wahlbeteiligung im späten Kaiserreich. Diese lag bei Reichstagswahlen bis 1884 um sechzig Prozent, dann bis 1903 fast immer über siebzig und zuletzt 1907 wie 1912 bei knapp 85 Prozent. Das blieb, entgegen dem Mythos von der zusätzlichen Massenmobilisierung der Unpolitischen für Hitler, in freien Wahlen der Weimarer Republik (vor den nur mehr halbfreien im März 1933) unübertroffen.

Vieles spricht aber dafür, die Kernperiode einer Politik der klassischen Moderne auf die Eckdaten von 1907 bis 1930 einzugrenzen: Bei den »Hottentotten«-Reichstagswahlen Anfang 1907 funktionierte noch einmal der konservativ-liberale Sammlungseffekt gegen sozialdemokratische und zentrums-katholische »Reichsfeinde«. Das Präsidialkabinett Brüning eröffnete dann 1930 mit der vorzeitigen Auflösung eines unbotmäßigen Reichstags die Serie von destruktiven Neuwahlen zwecks fortschreitender Parlaments-ausschaltung. Übrigens hatte Gerlach 1928 Einfluss als intellektueller Stichwortgeber genommen, indem er ursprünglich die Parole »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer« ausgab, deren Übernahme der SPD dann ihr bestes Wahlergebnis seit den Revolutionswahlen im Januar 1919 brachte. Bei dem zur Erklärung der NS-Wahlerfolge im Zeichen der Weltwirtschaftskrise bemühten »Schützengrabengeist« wird vergessen, dass es in der Weimarer Republik das Frauenstimmrecht gab und die NSDAP 1928 vor Krisenbeginn mit 2,6 Prozent noch eine Sekte war. In Hitlers Geburtsland Österreich hatten die »Roten« und »Schwarzen« die Integrationsmilieus, mit ihren jeweiligen »integralen« Parteiintellektuellen, weithin intakt gehalten. Dort hat die NSDAP auch Ende 1930 noch keinen einzigen Nationalratssitz erobert.

Der Hinweis auf Gerlachs Urheberchaft einer SPD-Wahlparole 1928, so wie Preuß 1918/19 dem sozialdemokratischen Revolutionskabinett einen Verfassungsentwurf lieferte, sollte jedenfalls dem Generalverdacht intellektueller

Einflusslosigkeit vorbeugen. Im Parteigründungseifer kamen zwar manche geistigen Individualisten zuweilen dem »Ideal« nahe, einzig mit einer politischen Organisation stets übereinstimmen zu können, die (fast) nur aus ihnen selbst bestand. Die Kandidaturen waren aber stets dermaßen erfolglos, dass sie etablierten Parteien nicht ersichtlich schaden. Im Gegenteil erwiesen sich jedenfalls die Naumann'schen Nationalsozialen und die Barth'schen Demokraten als Talentschmieden vom späten Kaiserreich zur Weimarer Republik. Publizisten vom Range eines Gerlach, Ossietzky oder Wolff hätten wohl gern kontinuierlich eine linksbürgerliche Partei unterstützt. Doch weil es sie dann immer weniger gab, haben Gerlach schon zuvor und Wolff 1930 der SPD mitgeholfen, in Krisenzeiten nicht gar zu sehr einzuschumpfen.¹³ Auch vom Linkskatholiken Dirks, der nach 1945 die *Frankfurter Hefte* gründete und sie zuletzt mit der *Neuen Gesellschaft* fusionierte, ist überliefert, dass er aus republiktreu-pazifistischen Motiven schon zu Weimarer Zeiten die SPD unterstützte.¹⁴ Das war in Österreich nicht anders, wo es aber keine der DDP vergleichbare Partei mit Mandatschance gab und das Wirtschaftsbürgertum dann »schwarz«, das Kulturbürgertum zumeist gemäßigt »rot« stimmte. Als sich eine christlichsozial-deutschnationale Einheitsliste und die Sozialdemokratie 1927 gegenüberstanden, traten 39 Intellektuelle, von namhaften Schriftstellern wie Musil, Polgar und Werfel über den Verfassungsvater Kelsen bis zum Psychoanalytiker Freud, sogar mit einem Wahlauftritt zugunsten der SDAP hervor.

Mit dem *Generalanzeiger für Dortmund und das rheinisch-westfälische Industriegebiet*, damals auflagenstärkste Tageszeitung außerhalb Berlins, hatten Brückenbauer von den pazifistisch-linksrepublikanischen »Realos« zur SPD in jenem Wahlkampf 1928 sogar ein Massenblatt zur Verfügung. Tiefschürfende Analyse und hohe Auflage standen damals noch keineswegs in unvermeidlichem Widerstreit. Die Weimarer Sozialdemokratie war auch weniger »verkalkt«, als jugendbewegtes Funktionärsgerede ihr nachsagte. Vielmehr blieb ihr Presse- und Zeitschriften-Bestand bis hin zur *Gesellschaft* Hilferdings durchaus lebendig. In dieser Theoriezeitschrift haben vom späteren Neo-Pluralisten und »68er«-Gegner Fraenkel bis zum neomarxistischen Pluralismus-Kritiker und »68er«-Idol Marcuse viele Parteiintellektuelle geschrieben. Sogar die Hauptexponenten einer Godesberger Erneuerung der SPD hatten in der Krise von Weimar und im Widerstand aktivistischen Kleingruppen wie SAP (Brandt), ISK (Eichler) und »Neu Beginnen« (Erler und v. Knoeringen) angehört. Zuvor schon konnte die DDP-Gründung in der Novemberrevolution 1918 zunächst fast als Wiedergeburt des Barth'schen Demokratenvereins von 1908 und seine Weiterentwicklung zur Massenpartei

13 Theodor Wolff gab am 14.9.1930 im Berliner Tageblatt die »Parole: links!« aus, das bedeutete im Kontext: SPD zu wählen.

14 Vgl. Detlef Lehnert, Von der politisch-kulturellen Fragmentierung zur demokratischen Sammlung. Der »Volksblock« des »Reichsbannerlagers« und die katholischen Republikaner, in: ders. u. Klaus Megerle, Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodell, Opladen 1993, S. 77–29, hier S. 123 f. Dort auch Hinweise zur Zeitschrift *Deutsche Republik*.

anmuten. *Die Weltbühne* schrieb den Impuls wesentlich Preuß und Wolff zu, bereits am Tag nach Abdankung des Kaisers hinsichtlich »der Begründung einer republikanisch-demokratischen Partei einig geworden« zu sein.¹⁵ Der DDP gelang im demokratischen Aufbruch sozusagen ein »Projekt 18« (nämlich 18,5 Prozent der Stimmen zur Nationalversammlung am 19.1.1919); sie zählte, allerdings mit Unterstützung von Interessenverbänden, sogar bis zu 900.000 Mitglieder.

Dass Politik erstens, zweitens und drittens immer mit Macht zu tun habe, lehrte der Historiker Treitschke – und wurde darüber vom Nationalliberalen zum Nationalkonservativen. Zur Eigenmächtigkeit der Gedanken bekannte sich der vormalige Bremer Handelskammer-Syndikus Barth mit Gründung einer Zeitschrift, die auch Treitschkes Kontrahenten Mommsen häufig zu Wort kommen ließ. Barth wurde schließlich im regen Austausch mit dem zeitgenössischen Geistesleben vom Nationalliberalen zum sozialliberalen Demokraten.

Einem französisch vorgeprägten Verständnis der Intellektuellen entsprachen in Deutschland die bedeutenden Berufspublizisten wie Barth und Wolff, Gerlach und Ossietzky. Zu den Theoretikern und Publikationen vor allem des sozialdemokratischen und linksliberalen Spektrums bestanden Verbindungen. In der Republikzeit trat der Linkskatholizismus hinzu, der mit seiner Zeitschrift *Deutsche Republik* sogar eine gemeinsame Plattform für die Weimarer Koalitionsparteien schuf, also die Vordenker der Massenorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold vereinigte. Getrennt und individuell zu argumentieren, jedoch vereint ähnlich den französischen Linksrepublikanern eine Mehrheit des Wahlvolkes zu erreichen, war bei vielen durchaus beabsichtigt. Diese publizistischen Intellektuellen verdienen es, mit ihrer demokratischen Grundhaltung und den zeitgenössischen Argumenten dem Vergessen entrissen zu werden.

15 Johannes Fischart, Politiker und Publizisten XLIX, in: *Die Weltbühne*, 15. Jg., 30.1.1919, S. 132.